

Militär und Dumawahlen in Rußland

Wettig, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wettig, G. (1995). *Militär und Dumawahlen in Rußland*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 66/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45889>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Militär und Dumawahlen in Rußland

Zusammenfassung

Die Situation der Streitkräfte in Rußland ist in vielerlei Hinsicht sehr unbefriedigend. Am meisten bekümmert die militärischen Führer der Verlust an Rüstungsausstattung, Ansehen und Macht. Der zivilen Führung wird zum Vorwurf gemacht, die militärischen Interessen (die weithin mit denen des Vaterlands schlechthin ineingesetzt werden) total zu vernachlässigen. Unter diesen Umständen erscheint Selbsthilfe als einziger Ausweg: materielle Selbsthilfe durch den Aufbau kommerzieller Strukturen und politische Selbsthilfe durch aktive Teilnahme am politischen Prozeß (wie namentlich durch Kandidaturen bei Wahlen).

Wachsende Unzufriedenheit der Militärs

In Rußland befinden sich Militär und Militärwesen in einer tiefen Krise. Der Personalbestand und der Auffüllungsgrad der Einheiten sind gesunken; die Ausstattung der Truppe nicht allein mit Waffe und Gerät, sondern auch mit elementaren Versorgungsgütern hat sich in teilweise dramatischem Umfang verschlechtert. Kürzlich wurde bekannt, daß enorme Mengen von Kleidung und Schuhwerk für die Soldaten fehlen. Angesichts dieser Sachlage erscheint die im September verfügte Verlängerung des Wehrdienstes von 18 auf 24 Monate (die auch für den eigentlich am 1. Oktober 1995 zur Entlassung anstehenden Personenkreis gilt) auch unter Versorgungsgesichtspunkten problematisch.¹

¹ Die Maßnahme rief in den Kasernen Empörung hervor; viele durch die Verlängerung an der Heimkehr gehinderte Soldaten verließen eigenmächtig den Dienst.

Die Staatsduma sah angesichts der materiellen Notlage in den Streitkräften Handlungsbedarf. Im Gegensatz zu der bisherigen Tendenz des russischen Parlaments, die Ausgaben für militärische Zwecke zu senken, forderte das - unter dem Vorsitz von Sergej Juschenkov, einem Parteifreund Gajdars, arbeitende - Verteidigungskomitee eine Aufstockung der Haushaltsmittel für die Armee um mehr als ein Drittel in der ausdrücklichen Absicht, die Mindestversorgung der Soldaten mit Lebensgütern wie Nahrung und Kleidung zu gewährleisten.¹ Gleichzeitig votierte die Staatsduma dafür, die am 1. Oktober in den Kasernen zurückgehaltenen Wehrpflichtigen zu entlassen, und veranstaltete eine Pressekonferenz, um diesem Verlangen öffentlichen Nachdruck zu verleihen. Die Aussicht, damit durchzudringen, war jedoch angesichts der Machtstellung des Militärs von Anfang an gering.² Denn die Führung der Streitkräfte sieht nach wie vor in einer Massenarmee eine der wesentlichen Säulen der russischen Verteidigungsfähigkeit. Daher sehen weite Kreise des Verteidigungsministeriums und der Generalität die Personalverringerungen der letzten Jahre als eine Fehlentwicklung an, die korrigiert werden muß. Einer der ersten Schritte in dieser Richtung war die oben erwähnte Verlängerung der Wehrdienstzeit. In der Sicht der russischen Militärs kann die in anderen Ländern akzeptierte Faustregel, daß die Armee ein Prozent der Bevölkerung umfassen solle,³ für Rußland nicht in Betracht kommen. Statt dessen müsse der Militarisierungsgrad des Landes nach der Relation bestimmt werden, welche die Streitkräfte anderer Staaten zu der jeweiligen Grenzlänge hätten. Danach wäre in dem vergleichsweise dünn besiedelten Rußland ein sehr hoher militärischer Personalstand erforderlich.

Zwischen der militärischen und politischen Führung hat eine tiefgreifende Entfremdung stattgefunden. Generalität und Offizierskorps sehen in ihrer weit überwiegenden Mehrheit ihre Interessen von den zivilen Politikern kaum noch wahrgenommen. Die zentrale Rolle, die sie bei der Gewährleistung von Einheit und Geltung des Vaterlandes für sich beanspruchen, findet nach ihrer Einschätzung wenig Verständnis in der neuen politischen Elite. Im Vordergrund steht, soweit erkennbar, vor allem das Verlangen nach ausreichendem Unterhalt für die militärischen Kader und nach Versorgung der - nicht zu verkleinernden, sondern zu vergrößernden - Truppe mit moderner Technik. Rußland müsse zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit und Position wieder militärisch machtvoll nach außen dastehen. Die Situation, daß man um die Befriedigung dieser als ebenso selbstverständlich wie grundlegend angesehenen Bedürfnisse betteln müsse und dabei stets unterhalb minimaler Standards bleibe, wird als unwürdig und schädlich angesehen. Die Streitkräfte müßten endlich wieder gestärkt werden, damit Rußland erneut die ihm gebührende Stellung in der Welt einnehmen könne.

Der Umstand, daß die russische Armee weder wirtschaftlich-sozial ausreichend versorgt wird noch in dem ihrer Führung notwendig erscheinenden Ausmaß über moderne Waffen verfügt, zieht bedenkliche Folgewirkungen nach sich. Die einfachen Soldaten sehen sich genötigt, auf alle mögliche Weise die Befriedigung ihrer elementaren Existenzbedürfnisse zu sichern. Daher geraten viele von ihnen unausweichlich in halb- und nichtlegale Zusammenhänge. Parallel dazu vollzieht sich auf seiten der Führung ein Prozeß der Ökonomisierung bzw. Kommerzialisierung. Für wichtig erachtete Ausstattungsaufgaben, deren Erfüllung die politische Seite nicht länger durch entsprechende Rüstung gewährleistet, werden durch die Vermarktung militärischer Dienste und Güter zu erfüllen gesucht. Bei diesen Bemühungen werden auch Machtpositionen (wie etwa Genehmigungskompetenzen) ins Spiel gebracht, über welche die Militärs in Staat und Gesellschaft verfügen. Jene für nachsowjetische Verhältnisse typische Verflechtung und Verschränkung von Amtsautorität, Unternehmertätigkeit, Privatinteresse und rechtsfreiem Raum hat damit auch auf die Armee übergegriffen.⁴

Ein wesentliches Anliegen der Militärs, die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung eines umfangrei-

¹ Svetlana Lolaeva, Komitet po oborone nastaiwaet na uvelièenii oboronnych zatrat v 1996 godu bolee èem na tret', in: Segodnja, 11.10.1995.

² Sergej Èugaev, Deputaty nadejutsja vernut' 211 tysjaè soldat domoj, no vrjad li im to udastsja, in: Izvestija, 11.10.1995.

³ In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Personalstärke der Bundeswehr bei etwa der Hälfte dieses Ansatzes.

⁴ Vgl. James Sherr, Russia, Geopolitics and Crime, Conflict Studies Research Center, F 49, Sandhurst, February 1995, S. 2. Sherr stellt fest, daß in diesem Kontext dem militärischen Geheimdienst GRU eine zentrale Rolle zukommt.

chen Kerns des Militärindustriellen Komplexes, findet inzwischen auch in Wirtschaftskreisen bis hin zum politischen Umfeld von Ministerpräsident Tschernomyrdin Unterstützung: Dieser Komplex gilt dort mittlerweile nicht länger als ein Passiv-, sondern als ein Aktivposten, der das High-Tech-Reservoir des Landes darstelle und dessen militärische Produkte als die einzigen exportfähigen russischen Fertigwaren anzusehen seien.¹

Bemühungen der Militärs um Anpassung an die neue Situation

Die Generalität und das Offizierskorps sind in ihrer großen Mehrheit nicht willens, sich mit den verschlechterten Bedingungen und dem gesunkenen Status abzufinden. Da sie ihre Interessen nicht durch die zivilen Politiker gewahrt sehen, suchen sie sie selbst in die Hand zu nehmen. Eine der Möglichkeiten dazu bieten die Wahlen. Für die im kommenden Dezember neu zu wählende Staatsduma haben sich 23 Generäle und 100 Offiziere von verschiedenen Gruppierungen aufstellen lassen. Aleksandr Lebed', der in der russischen Öffentlichkeit wohl bekannteste General und zugleich scharfe Widersacher der Jelzin-Führung, tritt als Nr. 2 auf der Liste des "Kongresses der russischen Gemeinden" hinter dem früheren Leiter des Sicherheitsrates Jurij Skokov an. Ein weiterer General, der frühere Vorsitzende des russischen Obersten Sowjet und Jelzin-Feind Aleksandr Rutzkoj, hat sich auf die Liste von "Staatsmacht" (Deržava) setzen lassen. General Boris Gromov, Afghanistan-Held und langjähriger Führungskader im Verteidigungsministerium, kandidiert ebenso wie Fallschirmtruppenführer Jewgenij Podcholzin für "Mein Vaterland". Unter den von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation aufgestellten Bewerbern um die Gunst des Wahlvolkes befindet sich General Valentin Varennikov, der in der kritischen Zeit von Anfang 1991 die sowjetischen Truppen im Baltikum befehligte und im August des gleichen Jahres zum Kreis der Putschisten gehörte. Ein früherer stellvertretender Verteidigungsminister, duard Vorobjov, ist für "Demokratische Option Rußlands" (Demokratičeskij vybor Rossii) im Rennen. Der Militärkommandeur von Tschetschenien, Lev Rochlin, setzt sich ein für "Unser Haus Rußland" (Naš dom - Rossija).² Bei Lebed', Rutzkoj und Gromov wird vermutet, daß sie ihre Teilnahme an den Dumawahlen als Vorbereitung bzw. Testlauf einer Präsidentschaftskandidatur im kommenden Jahr betrachten.

Es gehört zu den politisch-gesellschaftlichen Veränderungen in Rußland während der letzten Jahre, daß nicht nur einzelne Militärs, sondern auch das Establishment der Verteidigung auf offiziell-institutioneller Ebene Interesse daran bekunden, im politischen Leben vertreten zu sein. Dementsprechend hat das russische Verteidigungsministerium seine Hauptverwaltung für Bildungsarbeit faktisch in eine Wahlkampfzwecken dienende Stabsabteilung umfunktioniert. Zu den Aufgaben dieser Organisation, die unter der Leitung von Generalleutnant Sergej Sdorikov steht, gehört unter anderem eine aufmerksame Verfolgung aller im Wahlvolk zutage tretenden Tendenzen mit dem Ziel, den militärischen Kandidaten eine bestmögliche Wahlkampfstrategie zu ermöglichen.³

Den russischen Militärs geht es nicht allein um eine Vertretung ihrer Interessen in Moskau. Angesichts der Tatsache, daß die Provinz nicht mehr ohne weiteres von der Hauptstadt aus gelenkt werden kann, erscheinen auch die regionalen und lokalen Staatsorgane wichtig. Soweit diese ebenfalls durch Wahlen bestimmt werden, ist es daher weithin das Bestreben der jeweiligen Generäle und Offiziere, Stimmen für sich zu gewinnen, um dann in den gewählten Gremien Einfluß nehmen zu können. Auf entsprechende Bemühungen wird auch von seiten der militärischen Führung in Moskau gedrungen. Am 14. August wandte sich der Chef des Generalstabs, Michail Kolesnikov, mit einem telegrafischen Rundschreiben an die nachgeordneten Kader in den Provinzen und machte es ihnen zur Pflicht, das militärische Interesse politisch zu organisieren, um es auf diese Weise angemessen zur Geltung zu bringen.⁴ Eine Gelegenheit dazu bot sich, als Volgograd im Frühherbst dieses Jahres als dritte russische Stadt nach Moskau und

¹ Vgl. näher A. Kennanaway, Restructuring the Defence Industries in the Context of National Survival [in Russia], Conflict Studies Research Centre, C 87, Sandhurst, May 1995, S. 1f.

² Angaben nach SOI-Bilanz, 20. Jg., Nr. 10, 19.10.1995, S. 1.

³ Igor' Korotčenko, Ministerstvo oborony deržit ruku na pul'se izbiratel' noj kampanii, in: Nezavisimaja gazeta, 5.10.1995.

⁴ Nikolaj Ul'janov, Dejstvujaja kak partija, armija proigrala vybory v Volgograde, in: Nezavisimaja gazeta, 3.10.1995.

Sankt Petersburg Kommunalwahlen abhielt. Die Militärs vor Ort schlossen sich zu einer Art Partei zusammen und stellten in allen 24 Wahlkreisen für den Stadtrat Kandidaten auf. Keiner der Bewerber erreichte jedoch sein Ziel; sie wurden zu teilweise haushohen Verlierern. Hauptgewinner wurde die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, die in 22 Wahlkreisen die Mehrheit erhielt.¹

Das Ergebnis dürfte das gesunkene Ansehen der Militärs in der russischen Gesellschaft widerspiegeln. Der Ruhm des Sieges im Zweiten Weltkrieg ist nach den Erfahrungen von Afghanistan und Tschetschenien sowie als Folge der in nachsowjetischer Zeit veränderten Prioritäten dahingeschwunden, und die vielfach enormen Härten und Grausamkeiten, welche die Wehrdienstleistenden zu durchleiden haben, werden nunmehr öffentlich angeprangert. Das hat zwar die Lage in den Kasernen noch kaum verändert, aber der früher oft vorhandenen unkritischen Bewunderung der Militärs und ihrer Sache ein Ende gemacht. Es wäre allerdings verfehlt, von dem schlechten Abschneiden der Militärs in Volgograd auf deren Wahlchancen im gesamtrossischen Maßstab schließen zu wollen. Zum einen kann die Stadt angesichts der innerhalb der Russischen Föderation außerordentlich stark variierenden politischen Einstellungen nicht als repräsentativ gelten. Zum anderen stellten sich die Offiziere mit einer gemeinsamen Liste zur Wahl, während sie sich für die Sitze in der Staatsduma auf sehr unterschiedlichen Parteitickets bewerben, so daß sich die Wähler - anders als in Volgograd - sich nirgends zwischen einer militärischen Gruppierung und zivilen Konkurrenten zu entscheiden haben.

Eine militärische Einschätzung des Wählerverhaltens bei den Dumawahlen

Im Rahmen ihrer Wahlvorbereitungstätigkeit hat die Hauptabteilung für Bildungsarbeit im russischen Verteidigungsministerium im Frühherbst dieses Jahres eine Ausarbeitung für Gratschow erstellt, in der detaillierte Angaben über das bei den Wahlen zur Staatsduma zu erwartende Wählerverhalten gemacht werden.² Die wichtigsten Feststellungen aus diesem Dokument werden im folgenden resümiert. Die Einschätzungen beziehen sich selbstverständlich auf den Zeitpunkt der Abfassung. Erhebliche Veränderungen der damals in der Wählerschaft festgestellten Haltungen im seitherigen und künftigen Zeitverlauf sind daher als möglich einzukalkulieren. Wichtig sind die Angaben vor allem wegen der ausführlichen Berücksichtigung der verschiedenen russischen Regionen einschließlich sehr abgelegener und wenig beachteter Gebiete. Damit kommt ein Bereich der russischen Öffentlichkeit ins Blickfeld, über den normalerweise kaum Informationen vorliegen.

Als Gruppierungen, die in den Regionen über die besten Wahlchancen verfügen, werden die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), "Unser Haus Rußland" (UHR), Javlinskijs "Jabloko", der "Kongreß der russischen Gemeinden" (KRG) und die "liberal-demokratische" Partei Shirinovskijs (LDPR) hervorgehoben. Jede dieser Organisationen könne zwischen 10 und 20 Prozent der für die Listen abgegebenen Stimmen erhalten. Die Kandidaten der KPRF und der KRG hätten die besten Aussichten, sich in den Ein-Mann-Wahlkreisen durchzusetzen. Bei den letzteren verändere sich das sonstige Bild generell durch den Umstand, daß sehr oft mit dem Sieg von Bewerbern zu rechnen sei, die als Unabhängige firmierten und keinem der registrierten Blöcke angehörten. Als Grund wird genannt, daß die Wähler ganz überwiegend auf Persönlichkeiten orientiert seien und im übrigen oft eine Abneigung gegen Parteikandidaturen hätten. Auf diese Weise, so wird erwartet, könnten etwa 85 bis 95 sich als unabhängig bezeichnende Abgeordnete in die künftige Staatsduma gelangen, von denen die meisten "irgendwelche politischen und wirtschaftlichen Strukturen" vertreten. In der Regel werde es sich dabei handeln um "Repräsentanten der 'Partei der Macht', von Wirtschaftskreisen und der Intelligenz, die sich von der UHR und ähnlichen Organisationen distanzieren."

Dem Dokument zufolge, kann die KPRF "den größten Teil der Stimmen der oppositionell gestimmten Wählerschaft gewinnen und auf diese Weise 18 bis 20 Prozent der Stimmen erhalten. Diese Partei habe ihre Position gewahrt und sogar ausgebaut in den Regionen des sogenannten roten Gürtels [um Moskau],

¹ Ebenda; Valerij Kornev, Voennym vzjat' vlast' v Volggrade ne udalos', in: Izvestija, 3.10.1995.

² Leicht gekürzter Text: Nazivisimaja gazeta, 5.10.1995.

d.h. in den Gebieten (oblasti) von Smolensk, Orjol, Kursk, Belgorod, Voronesh, Lipetzk, Tambow und Pensa sowie in der Republik Mordwinien. Schwieriger liegen die Dinge nach der gleichen Einschätzung in den Gebieten an der Wolga und am Amur sowie von Tver', Rjasan, Kurgan, Orenburg und Rostov, in den Kreisen (krai) Altai und Krasnodar sowie in den Republiken Dagestan, Karatschai-Tscherkessien, Kabardino-Balkarien und Burjatien. In den genannten Republiken und Kreisen gebe es allerdings ziemlich starke kommunistische Parteiorganisationen. Der Norden des europäischen Rußlands, des Ural, Sibirien und der Ferne Osten dagegen werden, auf's Ganze gesehen, als für die KPRF ungünstig eingeschätzt. Insgesamt wird erwartet, daß die KPF in der Staatsduma höchstens 60 bis 70 Sitze gewinnen kann.

Der Gruppierung UHR werden 14 bis 15 Prozent Stimmen bei den Listenwahlen und bis 20 Prozent bei den Wahlkreisvoten zugetraut. Den größten Erfolg könne diese Partei in verschiedenen russischen Republiken erringen, deren Führer mit Ministerpräsident Tschernomyrdin zu einer politischen Koalition zusammengefunden hätten, so in Tatarstan, Baschkirien, Kabardino-Balkarien, Jakutien und Komi. Als Hochburgen sind, der vorliegenden Einschätzung zufolge, die Gebiete von Sverdlovsk, Samara, Tscheljabinsk, Orenburg und Astrachan sowie die Autonomen Kreise von Jamal-Nenzen und Chanten-Mansen anzusehen, denn dort würden die Interessen dieser Gruppierung von mächtigen Führern der staatlichen Strukturen und der wirtschaftlichen Produktion unterstützt. Diese Vorteile würden vor allem für die Kandidaten in den Ein-Mann-Wahlkreisen zu Buche schlagen, doch biete dies keine Gewähr für ihren Sieg. Insgesamt wird erwartet, daß die UHR 40 bis 50 Sitze in den Wahlkreisen gewinnen kann.

Gute Aussichten werden weiterhin dem Block "Jabloko" von Javlinskij eingeräumt. Die Beobachter gingen allgemein davon aus, daß diese Gruppierung einen wesentlichen Teil des demokratischen Wählersegments für sich mobilisieren könne. Das müsse allerdings insofern mit Vorbehalt aufgenommen werden, weil "Jabloko" es nicht geschafft habe, eine breite lokale Parteiorganisation aufzubauen. Der Block sei daher stark Moskau-lastig. Nach plausiblen Prognosen werde "Jabloko" einen Stimmenanteil in der Größenordnung von 12 bis 14 Prozent bei den Listenwahlen erreichen. Am besten dürfte der Block in den Großstädten Sankt Petersburg, Moskau und Nishnij Novgorod sowie in den Regionen des Fernen Ostens, des Ural und des Südwestens abschneiden. In den Ein-Mann-Wahlkreisen könne "Jabloko" bis 15 Prozent der Stimmen erzielen.

Aufgrund der politischen Aktivität des Führungspaares Skokov-Lebed' gehen die Verfasser des Dokuments davon aus, daß die KRG zwischen 10 und 12 Prozent der Wähler für sich gewinnen kann. Wenn dies gelänge, müßte das angesichts der widrigen Voraussetzungen als großer Erfolg gelten. Eine Einschätzung der Chancen nach einzelnen Regionen wird nicht vorgenommen mit der Begründung, daß detaillierte Voraussagen dieser Art bislang noch auf zu große Schwierigkeiten stießen.

Eine Wiederholung des Erfolgs, den Shirinovskijs LDPR bei den vergangenen Dumawahlen hatte, wird für unmöglich erachtet. Angesichts der Tatsache, daß das "national-patriotische Spektrum" aufgespalten sei, könne diese Partei nur mit 8 bis 10 Prozent der Listenstimmen rechnen - und auch dieses Ergebnis werde teilweise dem Trägheitsmoment zuzuschreiben sein. Die Unterstützung erhalte die LDPR in den russischen Regionen des Nordkaukasus und vor allem im Kreis Stavropol'. Relativ gut könne die LDPR auch in den Regionen der Mitte und in den zentralen Schwarzerde-Regionen abschneiden. Doch sei insgesamt nicht mit allzu großen regionalen Unterschieden bei der Stimmabgabe für diese Partei zu rechnen. In dem Dokument wird nicht ausgeschlossen, daß der LDPR auf der Woge einer antichinesischen Kampagne reiten und damit in den fernöstlichen Kreisen Primorje und Chabarovsk sowie in den benachbarten Gebieten Amur und Tschita größere Erfolge erzielen könnte. Zugleich wird nicht erwartet, daß die Partei in nennenswertem Umfang Ein-Mann-Wahlkreise für sich erobern kann, weil sich die lokalen "Shirinovisten" keinen Respekt bei ihren Mitbürgern erworben hätten. Nicht mehr als vielleicht 5 Mandate ziemlich zufälligen Charakters werden prognostiziert.

Der - zum kommunistischen Parteienspektrum gehörenden - Agrarpartei werden einige Verluste bei der Parteilistenwahl vorausgesagt. Nicht mehr als 6 bis 7 Prozent werde sie bekommen, vielleicht sogar unter

die Fünf-Prozent-Grenze fallen. Wie bei der letzten Wahl, so werde auch diesmal das Schwergewicht des für diese Gruppierung abgegebenen Votums von der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Regionen kommen. Am besten werde die Partei in den Ein-Mann-Wahlkreisen der Peripherie abschneiden. Sie könne Wahlkreismandate in der Größenordnung von 15 bis 20 Prozent bekommen. Die besten Chancen habe sie im Nordkaukasus, in der mittleren Region und im zentralen Schwarzerdegebiet sowie in den stärker agrarisch bestimmten Teilen des Ural und Sibiriens. Bei der Listenwahl bestünden

die besten Aussichten im Altai-Kreis und in anderen südlichen Bezirken des Steppen- und Waldsteppengürtels.

Am Rande der Fünf-Prozent-Hürde mit jeweils 5 bis 6 Prozent werden vermutet die beiden Gruppierungen "Demokratische Option Rußlands" und "Staatsmacht", d.h. die unter der Führung Gajdars bzw. Rutzkojs stehenden Blöcke. Die Gajdar-Gruppierung besitze nach wie vor einen recht starken Rückhalt und Einfluß in den wirtschaftlich besser prosperierenden Regionen und vor allem in den großen Städten, wo die neuen Geschäftskreise und demokratische Traditionen Fuß gefaßt haben, d.h. in Moskau, Sankt Petersburg und anderen Millionenstädten. In den Ein-Mann-Wahlkreisen könne es diese Partei auf etwa 10 Mandate bringen.

Demgegenüber liege die Stärke von "Staatsmacht" im zentralen Schwarzerdegebiet und in den Regionen der Mitte, und zwar vor allem auf den Dörfern. Die Reisen, die Rutzkoj durch das gesamte Land unternommen habe, hätten ihm Ansehen und Popularität verschafft. Wählerstimmen seien vor allem in den ethnisch russischen Agrargebieten, besonders in der Mitte und im Süden, zu erwarten. Erfolge in den Ein-Mann-Wahlkreisen seien wenig wahrscheinlich, zumal der Partei weithin lokale Organisationen fehlten und die ihr zuneigenden lokalen Führer zum einen ihre Tätigkeit schlecht koordinierten und zum anderen den breiten Wählerschichten praktisch unbekannt seien.

Die Gruppierung "Frauen Rußlands" habe durch die Bemühungen der anderen Parteien in der letzten Zeit erheblich an Boden verloren. Sie könne nur noch mit 4 bis 5 Prozent der Stimmen sowohl bei den Listenwahlen als auch in den Wahlkreisen rechnen. Soweit man überhaupt von geographischen Schwerpunkten sprechen könne, liege dieser im Norden und Osten. In den Agrargebieten der Mitte und des Südens dagegen sei der Einfluß minimal. Die Bewegung "Vorwärts, Rußland!" unter Boris Fjodorov könne ebenfalls in den landwirtschaftlichen Gebieten der Mitte und des Südens nur sehr geringe Stimmenanteile erwarten. Bessere Aussichten habe sie in Gebieten wie denen von Nishnij Novgorod, Samara, Sverdlovsk, Tscheljabinsk und Perm, doch sei nicht mit mehr als 3 bis 4 Prozent bei den Listenwahlen und in den Wahlkreisen zu rechnen.

Fazit im Blick auf das prognostizierte Wählerverhalten

Insgesamt bietet sich das Bild einer russischen Wählerschaft, die stark fragmentiert ist und nur ungewisse Verbindungen zu politischen Richtungen erkennen läßt. Die Attraktivität von - oft nur lokal bekannten - Persönlichkeiten überwiegt die von Parteiorganisationen, soweit überhaupt von solchen außerhalb der Kommunisten die Rede sein kann. Es ist sogar ein ausgesprochener Anti-Parteien-Affekt spürbar, von dem sich noch nicht absehen läßt, wie weit er in Kombination mit genereller politischer Gleichgültigkeit zu Wahlabstinenz führen wird. Die Militärs haben unter diesen Umständen als organisierte Interessengruppe grundsätzlich gute Einflüßaussichten, doch ist fraglich, wie weit ihr - früher sehr bedeutendes - Ansehen bei der Masse der Bevölkerung heute noch reicht. Auch ist nicht bekannt, wie weit Generäle und Offiziere in Ein-Mann-Wahlkreisen (und nicht auf Listen) antreten, wo dies von ausschlaggebender Wichtigkeit ist.

Gerhard Wettig